



## **IW-Trends 1/2018**

# **Auswirkungen intensiver und eskalierender Konflikte auf die Wirtschaftsleistung und den deutschen Außenhandel**

Hubertus Bardt

Vorabversion aus: IW-Trends, 45. Jg. Nr. 1  
Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Verantwortliche Redakteure:

Prof. Dr. Michael Grömling, Telefon: 0221 4981-776

Holger Schäfer, Telefon: 030 27877-124

groemling@iwkoeln.de · schaefer.holger@iwkoeln.de · www.iwkoeln.de

Die IW-Trends erscheinen viermal jährlich, Bezugspreis € 50,75/Jahr inkl. Versandkosten.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über  
lizenzen@iwkoeln.de.

ISSN 0941-6838 (Printversion)

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2018 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-452

Fax: 0221 4981-445

iwmedien@iwkoeln.de

www.iwmedien.de

# Auswirkungen intensiver und eskalierender Konflikte auf die Wirtschaftsleistung und den deutschen Außenhandel

Hubertus Bardt, März 2018

## Zusammenfassung

Unsicherheiten bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen sind eine Belastung für die betroffenen Volkswirtschaften. Unternehmen sind in Konfliktländern zurückhaltender mit Investitionen, wenn sie die für Investitionen notwendigen stabilen Rahmenbedingungen nicht vorfinden. Die Länder, die eine besonders hohe Konfliktneigung haben, weisen im Durchschnitt deutlich niedrigere Wachstumsraten und Investitionsquoten auf als die Vergleichsgruppe der Schwellen- und Entwicklungsländer. Die Länder mit akuten und anhaltenden Krisen wie der Jemen, Libyen oder die Ukraine haben in der Eskalationsphase deutliche Rückgänge bei Wirtschaftswachstum, Investitionsneigung und im Außenhandel. Die Bedeutung für den deutschen Außenhandel wird anhand einer neuen Kennziffer bestimmt, die sich aus den Konfliktintensitäten der Partnerländer und den jeweiligen Handelsanteilen ergibt. Es zeigt sich nur eine geringe Schwankung des Konfliktindex, die zudem im Wesentlichen von kleineren Veränderungen der Konfliktbewertungen wichtiger Partnerländer bestimmt sind. Die tatsächlichen eskalierenden Konflikte der letzten Jahre waren hingegen für den deutschen Außenhandel von geringer Bedeutung. Dies kann sich bei Konflikten größerer Partnerländer oder regionalen Konflikten mit einer internationalen Ausstrahlung jedoch ändern. Die Ölpreisschocks der 1970er Jahre haben gezeigt, wie schnell regionale kriegerische Auseinandersetzungen weltwirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen können.

Stichwörter: Konflikt, ökonomische Entwicklung, internationaler Handel

JEL-Klassifikation: D74, O10, F19

### Ansteigende politische Unsicherheiten

Seit einiger Zeit werden politische Konflikte und daraus resultierende Unsicherheiten als relevante Größe für die kurzfristige wirtschaftliche Entwicklung verstärkt diskutiert. Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten, die Entscheidung der britischen Wähler für den Brexit und die Unsicherheiten über den Zusammenhalt der Europäischen Union (EU) hatten die Erwartungen an die konjunkturelle Entwicklung eingetrübt (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2016). In der tatsächlichen Wachstumsbilanz hat sich diese Unsicherheit nicht niedergeschlagen. Die von hohen Investitionsprogrammen stimulierte chinesische Wirtschaft und Auslandsnachfrage hat in Kombination mit einer Festigung der europäischen Erholung eine Wachstumsverlangsamung verhindert. Dabei ist generell zu bedenken, dass steigende Unsicherheit in einer ohnehin angespannten Situation krisenverschärfend wirken kann, während sie in ansonsten stabilen Zeiten keine spürbaren Auswirkungen haben muss.

Eine Eskalation von Unsicherheit kann längerfristig negative Auswirkungen haben. Dies gilt dann, wenn aufgrund hoher Unklarheit über die zukünftigen Entwicklungen Investitionen unterbleiben, verzögert oder verringert werden. Weltwirtschaftliche Unsicherheiten stellen ein kontinuierlich hohes Investitionshemmnis dar. Im Rahmen der IW-Konjunkturumfrage vom Herbst 2014 gab knapp die Hälfte der deutschen Unternehmen an, die weltwirtschaftliche Unsicherheit sei ein starkes Hemmnis für die eigene Investitionstätigkeit. Im Frühjahr 2017 war der Wert auf 40,0 Prozent gesunken, stellt aber weiterhin das viertwichtigste Investitionshemmnis dar (Bardt/Grömling, 2017).

Die Ursachen der Unsicherheiten sind hierbei vielfältig. In einer 2016 durchgeführten Unternehmensbefragung gaben 42 Prozent der Befragten die Unsicherheiten bezüglich der europäischen Politik als Risiko für das eigene Geschäft an (Grömling, 2016). Verschiedene Unsicherheiten hinsichtlich der Entwicklung der Zielländer des Exports (besonders in aufstrebende Schwellenländer) und Marktrisiken (vor allem Rohstoff- und Energiepreise) folgten. Wirtschaftspolitische Unsicherheiten im Inland waren für 26 Prozent der Firmen ein hohes Geschäftsrisiko.

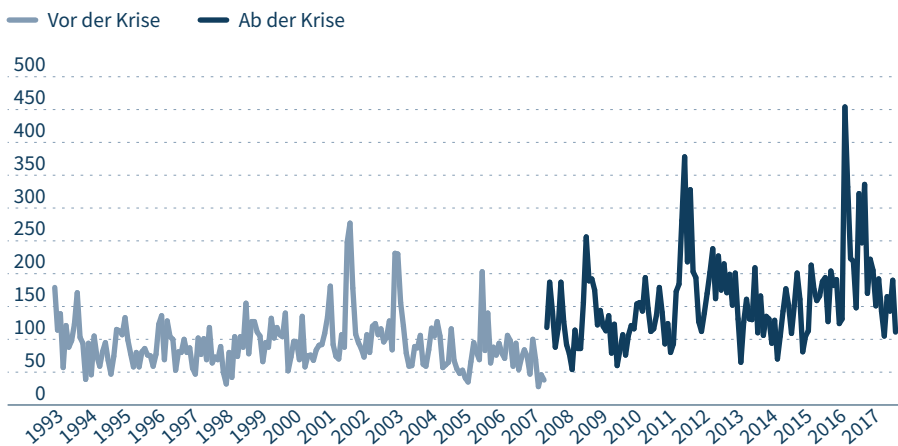
Das Weltwirtschaftsforum nimmt in seinem Global Risk Report ein breiteres Spektrum an Risiken unter die Lupe (WEF, 2018). Die höchste Wahrscheinlichkeit für den

Eintritt eines globalen Risikos wird aktuell bei Extremwetterereignissen gesehen, gefolgt von Naturkatastrophen, Cyberattacken, Datendiebstahl oder -betrug sowie beim Versagen von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Das höchste Schadenspotenzial wird bei Massenvernichtungswaffen, Extremwetterereignissen, Naturkatastrophen, beim Versagen von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sowie bei Wasserkrisen gesehen. Auch wenn diese Risiken ein erhebliches negatives ökonomisches Potenzial haben, sind originär ökonomische Risiken sowohl hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit als auch des Schadenspotenzials auf den mittleren und hinteren Plätzen versammelt.

Ein wichtiger, international verfügbarer Indikator für politische Unsicherheiten ist der Economic Policy Uncertainty Index (Baker et al., 2016), der für eine Reihe von Ländern monatlich ermittelt wird. Mit diesem Index wird gemessen, wie häufig bestimmte Schlagworte, die Unsicherheit widerspiegeln, in ausgewählten Medien verwendet werden. Bezogen auf Deutschland weist der Index eine tendenzielle Zunahme der wahrgenommenen Unsicherheit aus (Abbildung 1). In der Zeit von Beginn des Indexes 1993 bis vor Beginn der Finanzmarktkrise lag der Indexwert durchschnittlich bei 93 Punkten. Ab Beginn der Krise im August 2007 bis zum ak-

### Politische Unsicherheit in Deutschland

Werte des Economic Policy Uncertainty Index vor und nach Beginn der globalen Finanzmarktkrise im Sommer 2007



Quellen: Economic Policy Uncertainty; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 1: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/fB30dAYwoGjQT6u>

tuellen Rand lag er mit durchschnittlich 158 Punkten erheblich höher. Selbst wenn Messungenauigkeiten und mögliche Überzeichnungen dabei eine Rolle spielen, spricht doch einiges für eine höhere wahrgenommene Unsicherheit in den letzten Jahren. Auch die Ausschläge mit den höchsten gemessenen Unsicherheiten lagen in der jüngeren Vergangenheit. Die Brexit-Entscheidung führte zu dem höchsten Indexwert von 454 Punkten, der Höhepunkt der Euro-Schuldenkrise schlug sich mit 378 Punkten und die Amtseinführung des US-Präsidenten mit 336 Punkten nieder.

Steigende politische Unsicherheiten können sich in verschlechterten wirtschaftlichen Wachstumsperspektiven äußern. Sie erschweren Investitionsentscheidungen und senken tendenziell deren Rentabilität. Eine höhere Zurückhaltung der Unternehmen und die damit verbundenen negativen Wachstumswirkungen sind somit plausibel. Empirische Untersuchungen legen nahe, dass das Ausmaß der konkreten wirtschaftlichen Konsequenzen von Land zu Land differieren kann. Generell sind kontinentaleuropäische Länder anfälliger für Unsicherheitsschocks als angelsächsische Länder, die mit geringeren Wachstumseinbußen rechnen müssen (de Wind/Grabska, 2016). Dies unterstreicht die Relevanz von Unsicherheiten für die Wohlfahrtsentwicklung in Deutschland.

### **Messung nationaler und internationaler Konflikte**

Besondere Bedeutung können neben den politischen Unsicherheiten auch konkrete Konflikte haben. Stabilität der staatlichen Strukturen, Sicherheit für Leben, Gesundheit und Eigentum sowie die Durchsetzungsfähigkeit des Rechts sind wichtige Voraussetzungen für private Investitionen, die das Wirtschaftspotenzial eines Landes steigern. Kriege und Bürgerkriege, aber auch innere Unruhen und ein hohes Kriminalitätsniveau stehen der wirtschaftlichen Entwicklungsdynamik entgegen und zerstören bestehende Institutionen (Acemoglu/Robinson, 2013, 443 ff.).

Für Länder, die nicht direkt von Konflikten betroffen sind und die sich durch eine hohe Friedfertigkeit auszeichnen, sind ebenfalls negative Folgen zu erwarten. Zum einen ist tendenziell die Importnachfrage in Konfliktländern beeinträchtigt, was die Exportmöglichkeiten anderer Staaten bremst. Ein konkretes Beispiel hierfür sind die Sanktionen gegen Russland, die als Reaktion auf den russisch-ukrainischen Konflikt um die Krim und Teile der Ostukraine eingeführt wurden. Entsprechend

wurden die deutschen Exporte nach Russland eingeschränkt. Mögliche negative Folgen von regionalen Konflikten können auch auf der Importseite der Drittländer bestehen, wenn beispielsweise Rohstoffvorräte nicht abgebaut werden können, weil die nötige Sicherheit von Mitarbeitern und Anlagen nicht gewährleistet ist. Der Kongo ist ein Beispiel für konfliktbedingte Exportbeschränkungen. Gleichzeitig kann gerade der potenzielle Reichtum an Bodenschätzen konfliktverschärfend sein. Dies wird beispielsweise beim Abbau des Hightech-Rohstoffs Koltan im Kongo oder im Bürgerkrieg in Sierra Leone in den 1990er Jahren sichtbar. Typischerweise haben Militärausgaben in rohstoffreichen Ländern einen höheren Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP), was ebenfalls für eine höhere Konfliktbereitschaft oder -intensität spricht und die positiven Wohlstandswirkungen der Bodenschätze begrenzt oder sogar umkehrt (Bardt, 2005).

Internationale Konflikte werden von verschiedenen Forschungseinrichtungen beobachtet und kartografiert. So gibt das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) jährlich einen viel beachteten Bericht über internationale Konflikte, Friedenseinsätze sowie die Verbreitung von und den Handel mit Waffen heraus (SIPRI, 2017). Das SIPRI erstellt ebenfalls jährlich den Global Peace Index (GPI), der die Friedfertigkeit der Länder in einer Kennziffer zusammenfasst (IEP, 2017). Der GPI soll hier im Weiteren als quantitativer Indikator für die Friedfertigkeit eines Landes und damit die Abwesenheit von Konflikten oder für eine geringe Konfliktaffinität herangezogen werden.

Der GPI basiert auf insgesamt 23 Einzelindikatoren, die ein breites Spektrum von konfliktrelevanten Merkmalen abbilden (Übersicht). Damit geht der GPI über zwischenstaatliche Konflikte und offene Bürgerkriege hinaus und berücksichtigt auch die unter dieser Eskalationsstufe liegenden Entwicklungen im Inneren der betrachteten Länder. Zu den einbezogenen Indikatoren, die den „inneren Frieden“ charakterisieren, gehören beispielsweise Kriminalitätsraten und die Verbreitung von Waffen, die Intensität interner Konflikte, die Wahrscheinlichkeit gewalttätiger Demonstrationen oder das Terrorismusrisiko. Der „äußere Frieden“ wird beispielsweise gemessen an den Militärausgaben, den Beiträgen zu UN-Friedensmissionen, der Bewaffnung, der Anzahl und Dauer von grenzüberschreitenden Konflikten und an der Beziehung zu den Nachbarländern. Seit dem Jahr 2008 liegt der GPI für 159 Länder vor.

### Indikatoren des Global Peace Index

<b>Laufende interne und internationale Konflikte</b>
Anzahl und Dauer der internen Konflikte
Anzahl der Todesopfer von extern organisierten Konflikten
Anzahl der Todesopfer von intern organisierten Konflikten
Anzahl, Dauer und Rolle in externen Konflikten
Intensität von organisierten internen Konflikten
Beziehungen zu Nachbarländern
<b>Gesellschaftliche Sicherheit</b>
Niveau der wahrgenommenen Kriminalität in der Gesellschaft
Anzahl der Geflüchteten oder intern Vertriebenen in Prozent der Bevölkerung
Politische Instabilität
Skala des politischen Terrors
Wirkung des Terrorismus
Anzahl der Tötungsdelikte je 100.000 Einwohner
Niveau der Gewaltkriminalität
Wahrscheinlichkeit gewaltsamer Demonstrationen
Anzahl der Gefangenen je 100.000 Einwohner
Anzahl der Polizisten und ähnlicher Sicherheitskräfte
<b>Militarisierung</b>
Militärausgaben in Prozent des BIP
Anzahl der Streitkräfteangehörigen je 100.000 Einwohner
Volumen der Importe von bedeutenden konventionellen Waffen je 100.000 Einwohner
Volumen der Exporte von bedeutenden konventionellen Waffen je 100.000 Einwohner
Finanzieller Beitrag zu UN-Friedensmissionen
Kapazitäten an nuklearen und schweren Waffen
Einfachheit des Zugangs zu leichten Waffen

Quelle: IEP, 2017; Institut der deutschen Wirtschaft

Die friedfertigsten Länder waren 2017 (Tabelle) im Wesentlichen europäische Länder sowie Neuseeland (Platz 2), Kanada (Platz 8) und Australien (Platz 12). Japan (Platz 11) und Buthan (Platz 13) sind mit Werten von unter 1,5 Punkten gut platziert. Ganz vorn befindet sich Island. Deutschland folgt auf Platz 16. Die USA liegen mit einem Wert von 2,232 Punkten und Platz 112 im unteren Mittelfeld. Am unteren Ende liegen die konfliktreichsten Länder wie Syrien, Afghanistan und der Irak. Neben mehreren afrikanischen Staaten und Ländern des mittleren Ostens wie Pakistan finden sich hier ebenso Russland und die Ukraine.

### Konflikte und wirtschaftliche Entwicklung

Wenn stabile und sichere Rahmenbedingungen förderlich für die wirtschaftliche Entwicklung sind, sollte sich eine geringere Friedfertigkeit in schlechteren wirtschaftlichen Kennziffern niederschlagen. Der Vergleich zwischen konfliktarmen



## Die friedfertigsten und konfliktreichsten Länder 2017

Global Peace Index, Länder mit Werten mit höchstens 1,5 oder mindestens 3,0 Indexpunkten

1	Island	1,111			
2	Neuseeland	1,241	...		
3	Portugal	1,258			
4	Österreich	1,265	151	Russland	3,047
5	Dänemark	1,337	152	Pakistan	3,058
6	Tschechische Republik	1,360	153	Demokratische Rep. Kongo	3,061
7	Slowenien	1,364	154	Ukraine	3,184
8	Kanada	1,371	155	Zentralafrikanische Rep.	3,213
9	Schweiz	1,373	156	Sudan	3,213
10	Irland	1,408	157	Libyen	3,328
11	Japan	1,408	158	Somalia	3,387
12	Australien	1,425	159	Jemen	3,412
13	Bhutan	1,474	160	Südsudan	3,524
14	Norwegen	1,486	161	Irak	3,556
15	Ungarn	1,494	162	Afghanistan	3,567
16	Deutschland	1,500	163	Syrien	3,814

Quellen: IEP, 2017; Institut der deutschen Wirtschaft

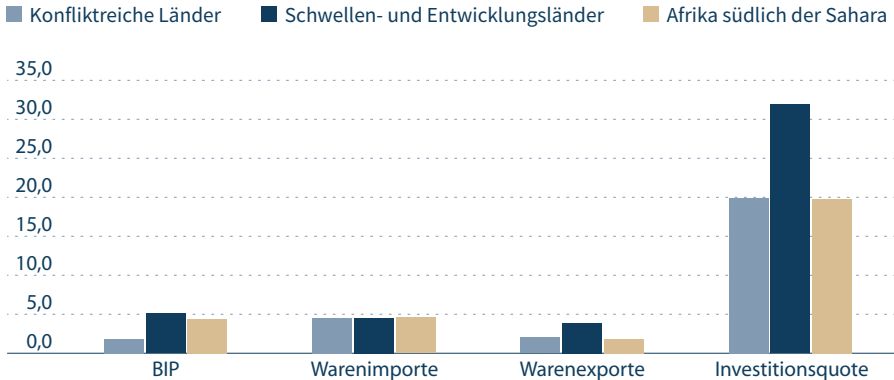
Tabelle: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/CKo2sObD8Dnejwy>

und konfliktreichen Ländern würde jedoch ein verzerrtes Bild liefern, da die strukturellen Unterschiede zwischen den Ländern jenseits der Konfliktrichtigkeit sehr hoch sind. So sind die Länder in der Spitzengruppe des GPI im Wesentlichen wirtschaftlich hochentwickelte Industrienationen, während am unteren Ende vor allem Schwellen- und Entwicklungsländer anzutreffen sind. Diese grundlegenden Unterschiede der Staaten haben möglicherweise einen höheren Einfluss auf gesamtwirtschaftliche Kennziffern als die Konfliktwerte des GPI. Für einen Vergleich der durchschnittlichen ökonomischen Kennziffern der konfliktträchtigen Länder werden daher die Gruppen der Schwellen- und Entwicklungsländer sowie der Länder Afrikas südlich der Sahara herangezogen. Dabei ist zu beachten, dass die konfliktreichen Länder größtenteils Teilmengen der anderen Ländergruppen sind, wodurch der Unterschied zwischen den Gruppen tendenziell unterzeichnet wird.

Die konfliktreichen Länder zeichnen sich über das letzte Jahrzehnt durch ein systematisch niedrigeres Wirtschaftswachstum aus. Das BIP wuchs im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2017 nur um 1,8 Prozent, während es in den Vergleichsgruppen um 5,1 Prozent (Schwellen- und Entwicklungsländer) oder um 4,4 Prozent (Afrika südlich der Sahara) zulegen (Abbildung 2).

### Wirtschaftliche Performance konfliktträchtiger Länder im Vergleich

Veränderung des realen BIP, der realen Exporte und Importe in Prozent sowie Investitionsquoten (in Prozent des BIP) im Zeitraum 2008 bis 2017



Konfliktreiche Länder mit einem Wert des Global Peace Index von größer 3 im Jahr 2017.

Quellen: IMF; IEP; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/F0JnwXDPlm3wf6L>

Dabei kann eine wechselseitige Wirkrichtung vermutet werden: Niedriges Wachstum kann zu Konflikten führen, während gleichzeitig innere und äußere Konflikte die Wachstumschancen beschränken. Bei den Investitionsquoten liegen die konfliktreichen Länder mit 19,9 Prozent auf dem Niveau Afrikas südlich der Sahara, aber mehr als ein Drittel liegt unter dem Wert der Schwellen- und Entwicklungsländer (31,9 Prozent). Während die Importe sich in allen drei Gruppen nahezu gleich entwickelt haben, ist das Exportwachstum in den konfliktreichen Ländern nur halb so hoch wie in den Schwellen- und Entwicklungsländern.

Die Betrachtung der Differenzen zwischen den Ländergruppen stößt deshalb an Grenzen, weil die jeweilige Dynamik im Betrachtungszeitraum nicht beachtet wird. Daher werden zusätzlich die Länder identifiziert, die sich durch eine besondere Zunahme der Konfliktintensität auszeichnen. Als Krisenland wird jedes Land definiert, in dem sich in einem Jahr der GPI-Indexwert um mindestens 0,3 Punkte erhöht hat. Als zweites Kriterium wird herangezogen, dass sich die Konfliktintensität in einem Land im Zeitraum 2008 bis 2017 um insgesamt mindestens 0,5 GPI-Punkte verschlechtert hat. Die Kombination beider Kriterien selektiert nachhaltige und sich deutlich verschärfende Konflikte. Damit sollen Krisensituationen erkannt

werden, von denen direkte wirtschaftliche Effekte zu erwarten sind. Um die Effekte der Konfliktverschärfung zu identifizieren, werden zu jedem Konflikt drei Zeiträume miteinander verglichen: Es werden jeweils zwei Jahre vor, während und nach der akuten Zuspitzung in den Vergleich einbezogen. Als akute Krisenjahre werden das Jahr des erhöhten GPI-Werts und das Vorjahr herangezogen. Diese Konstellation wird gewählt, weil der GPI typischerweise die Entwicklung des Vorjahres beschreibt. Die beiden Jahre vor diesem Zweijahreszeitraum gelten als „vorher“, die beiden Jahre danach als „nachher“. In den Vergleich werden die folgenden Länder mit ihren jeweiligen Krisen-Zweijahreszeiträumen einbezogen:

- Afghanistan 2008/2009,
- Jemen 2015/2016,
- Libyen 2010/2011,
- Südsudan 2013/2014,
- Syrien 2011/2012,
- Ukraine 2014/2015.

Die Ereignisse, die zu der Einordnung als Krisenländer führten, waren beispielsweise der Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien sowie der libysche und der südsudanesische Bürgerkrieg. Zwischenstaatliche Konflikte waren die militärische Intervention Saudi-Arabiens im Jemen oder die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine und die Annektion der Krim durch Russland. Teilweise waren dies neue Konflikte, teilweise war es ein Wiederaufflammen oder eine Verschärfung bestehender Spannungen wie in Afghanistan. Die Verschärfungen waren aber jeweils deutlich und hatten erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheit und den Alltag in den betroffenen Ländern. Besonders ausgeprägt war der Anstieg des Konfliktniveaus in Libyen. Hier ist der Indexwert des GPI im Jahr 2011 um 0,8 Punkte und nach einem geringen Rückgang im Jahr 2015 erneut um 0,5 Punkte angestiegen. Damit hat Libyen derzeit Rang 6 unter den konfliktreichsten Ländern der Welt. Die größten Konflikte sind in Syrien virulent. Dort ist der GPI 2012 um 0,7 und in den beiden Folgejahren jeweils um weitere 0,3 Punkte gestiegen. Besonders starke Verschärfungen der Konfliktlage gab es ferner im Südsudan mit fast 0,6 Punkten im Jahr 2014. Die anderen Konflikte blieben in ihrer maximalen Verschärfung innerhalb eines Jahres unter der Grenze von 0,5 Punkten, wenn auch teilweise – wie vor allem 2015 in der Ukraine – nur knapp.

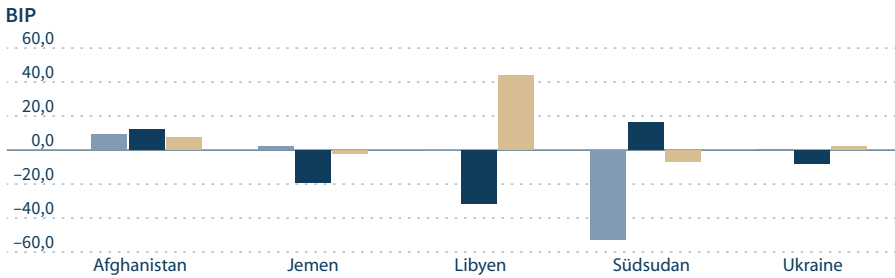
Die wirtschaftliche Entwicklung dieser wenigen ausgeprägten Krisenländer erfolgt anhand der vier bereits angewandten Indikatoren. Dies sind das Wachstum des realen BIP, die Investitionsquote und zur Abbildung der Handelsbeziehungen die Veränderungen der Exporte und Importe. Dabei ist die Datenlage eingeschränkt. Für Syrien liegen ab dem Ausbruch der Krise keine verlässlichen Daten mehr vor. Beim Südsudan fehlen vergleichbare Handelsdaten, weshalb das Land bei der Betrachtung der Entwicklung von Exporten und Importen herausgenommen wurde. Zudem liegt für das Jahr der Unabhängigkeit 2011 keine Wachstumszahl des BIP vor. Die Krisenverschärfung im Jemen war 2015/2016, sodass in dem Vergleich nur ein Jahr nach den beiden Jahren des Kriseneintritts berücksichtigt wurde und nicht wie bei den anderen Ländern zwei Jahre.

Der Blick auf die Beispielländer zeigt teilweise eine massive Verschlechterung der Wachstumsperformance (Abbildung 3). Im Jemen ist die Wirtschaft im Durchschnitt der beiden Krisenjahre um 18,9 Prozent eingebrochen, nachdem es zuvor noch ein Wachstum von 2,3 Prozent gegeben hatte. In Libyen sieht es nach einer Stagnation (-0,2 Prozent) mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 31,7 Prozent ähnlich aus. Die gleiche Entwicklung gab es auf etwas niedrigerem Niveau in der Ukraine, von +0,1 Prozent auf -8,2 Prozent in den Jahren der krisenhaften Eskalation. In der Ukraine ist dieser Effekt teilweise auf den Verlust der Krim zurückzuführen. Dies gilt nicht für die Investitionsquote, da hier die Krim in Zähler und Nenner fehlt. Alle drei Länder hatten also den erwarteten Wachstumseinbruch in der Krise, danach aber wieder eine Erholung oder zumindest einen deutlichen Rückgang der Schrumpfung. Anders sah es im Südsudan und Afghanistan aus. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich Afghanistan in einem sehr viel älteren Konflikt befindet, der in der Vergangenheit noch ausgeprägter war als heute. Die vielen Jahre des Bürgerkriegs haben möglicherweise dazu geführt, dass die wirtschaftliche Entwicklung so schlecht ist, dass eine zwischenzeitliche Konfliktverschärfung den Wachstumsprozess nicht wesentlich beeinträchtigt hat. Gleichzeitig kann die internationale Hilfe dazu beigetragen haben, eine höhere Resilienz gegen diese Schocks zu entwickeln. Der Südsudan hingegen wurde erst 2011 unabhängig und erlebte einen massiven Wirtschaftseinbruch in 2012, als sich das gemessene BIP halbierte. Die höheren Wachstumswerte in den beiden Krisenjahren waren auch eine Anpassungsreaktion auf den massiven Einbruch zuvor.

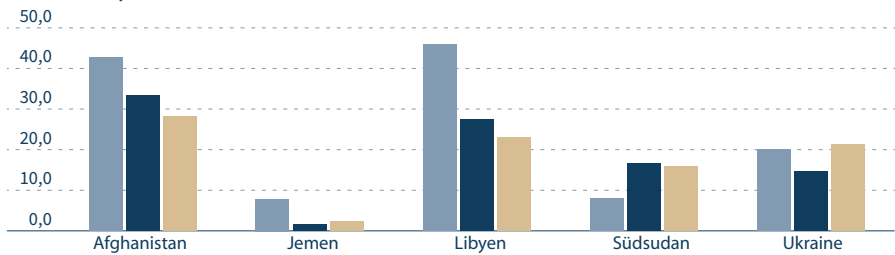
### Wirtschaftliche Entwicklung in ausgewählten Krisenländern

Veränderung des realen BIP, der realen Exporte und Importe in Prozent sowie Investitionsquoten (in Prozent des BIP) jeweils 2 Jahre vor, 2 Jahre während und 2 Jahre nach dem akuten Konflikt<sup>1)</sup>

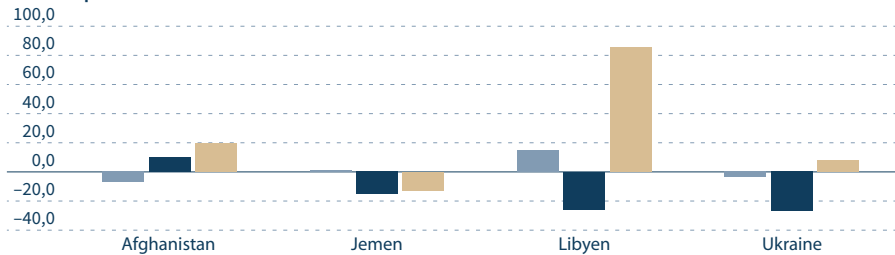
■ Vorher ■ Während ■ Danach



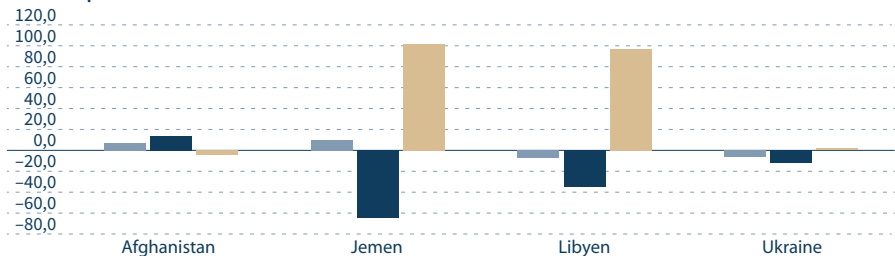
#### Investitionsquote



#### Warenexporte



#### Warenimporte



1) Krisenländer: Anstieg des Global Peace Index um mindestens 0,3 Punkte in einem Jahr und um insgesamt mindestens 0,5 Punkte im Zeitraum 2008 bis 2017. Syrien: keine Daten verfügbar ab Ausbruch der Krise.

Jemen: noch keine Daten verfügbar für das zweite Nachkrisenjahr 2018. Südsudan: keine Handelsdaten verfügbar; keine BIP-Daten für das erste Vorkrisenjahr 2011.

Quellen: IMF; IEP; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 3: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/WqcVJN8AeL0jNQG>

Fast durchgängig kam es zu einer Verschlechterung der Investitionsquoten in den Zeiten der eskalierenden Krisen. Da das BIP gleichzeitig zumeist zurückging, sind die Rückgänge der Investitionen noch stärker, als es in den Quoten zum Ausdruck kommt. In Afghanistan sank die Investitionsquote von 43 Prozent auf 33 Prozent und in den Folgejahren weiter auf 28 Prozent. Libyen zeichnet ein sehr ähnliches Bild. Im Jemen brach sie von 8 auf unter 2 Prozent ein, bevor sie wieder leicht anstieg. Auch in der Ukraine gab es einen Einbruch von 20 auf 15 Prozent, der jedoch nach der Kriseneskalation wieder ausgeglichen werden konnte. Im Gegensatz dazu stieg die Investitionsquote während der Krisenjahre im Südsudan, was auch auf die große Unsicherheit und den wirtschaftlichen Einbruch in der Phase der Unabhängigkeit direkt vor der Krisenverschärfung zurückzuführen sein dürfte.

Bei den Handelsdaten sind auf der Import- und der Exportseite in Jemen, Libyen und der Ukraine erhebliche Verschlechterungen in der Krisensituation zu beobachten. Anschließend gab es aber auch eine zügige Verbesserung mit positiven Wachstumsraten. Lediglich im Jemen sanken die Exporte nach der Krise weiter, wenn auch mit verringerter Geschwindigkeit. Eine Ausnahme ist auch hier Afghanistan, wo der Handel in beide Richtungen während der Krisenverschärfung angestiegen ist. Es ist jedoch plausibel, dass die Teile des Handels, die auf Krisen reagieren, nach Jahren und Jahrzehnten der Bürgerkriege ohnehin nicht mehr stattfinden, sodass eine höhere Resilienz auf niedrigem Niveau zu beobachten ist.

Insgesamt ist zu sehen, dass sowohl die Höhe der Konfliktintensität als auch die Veränderung in krisenhaften Zuspitzungen mit deutlich spürbaren, negativen wirtschaftlichen Effekten für die direkt davon betroffenen Länder verbunden sind. Dies zeigt sich bei der Wirtschaftsleistung, der Investitionstätigkeit und der Entwicklung des Außenhandels bei den überdurchschnittlich konflikträchtigen Ländern und bei denen mit krisenhaften Konfliktverschärfungen.

### **Konflikte und deutscher Außenhandel**

Deutschland ist eines der konfliktärmsten Länder. Durch die hohe außenwirtschaftliche Verflechtung ist die Volkswirtschaft jedoch in besonderem Maß von den Entwicklungen anderer Länder abhängig. Krisen in Liefer- oder Kundenländern können deutliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. Die Ölkrisen der 1970er Jahre haben ebenfalls deutliche Spuren in der deutschen

Konjunktur hinterlassen. Die Ölmärkte sind nicht nur von der globalen Nachfrage, sondern auch stark von Ereignissen in den Förderländern abhängig und die davon ausgehenden Preissignale wirken vielfältig auf die deutsche Volkswirtschaft (Grömling, 2008). Eine Krisenverschärfung zwischen dem Iran und Saudi-Arabien kann erhebliche negative Auswirkungen haben. Dies trifft die deutsche Import- und Exportseite, da in diese Länder nennenswert Waren ausgeführt werden. Gerade industrielle Investitionsgüter werden dann benötigt, wenn in den Zielländern investiert wird und die wirtschaftlichen Entwicklungsaussichten positiv sind. Wird dies durch interne und externe Konflikte bis hin zu Bürgerkriegen gestört, leiden ebenfalls die Exportperspektiven Deutschlands mit Blick auf diese Staaten.

Um die Bedeutung von Konfliktveränderungen für die deutsche Export- und Importperspektive abzubilden, werden die Konfliktintensitätswerte der Handelspartner mit den jeweiligen deutschen Außenhandelsanteilen multipliziert und aufsummiert. Das Ergebnis ist ein Konfliktindex des deutschen Exports und des deutschen Imports. Dieser Konfliktindex entspricht in seiner Struktur dem Konfliktintensitätswert des GPI und bildet die Konfliktintensität der deutschen Außenhandelsstruktur ab.

Verglichen mit der Konfliktintensität im Binnenhandel, der dem nationalen Wert des GPI entspricht, sind die Werte für den Außenhandel leicht erhöht. Während Deutschland auf einen GPI von 1,5 kommt, liegen die handlungsgewichteten Konfliktintensitäten für Export und Import zwischen 1,8 und 1,9 Punkten. Dies entspricht den Werten von Ländern wie Laos, Panama, Namibia, Frankreich, Indonesien oder Tansania. Damit sind die konfliktbasierten Risiken des Exports und des Imports gegenüber dem nationalen Handel nur moderat erhöht.

Im Zeitraum 2008 bis 2017 haben sich die gewichteten Einfuhr Risiken (Abbildung 4a) anfänglich von 1,82 auf 1,88 Punkte erhöht, bevor sie schrittweise wieder zurückgegangen sind. Zuletzt lagen sie mit 1,80 Punkten sogar unter dem Ausgangsniveau. Da sich im Zeitablauf sowohl die Handelsanteile als auch die Konfliktwerte der Länder verändern, können beide Effekte getrennt betrachtet werden.

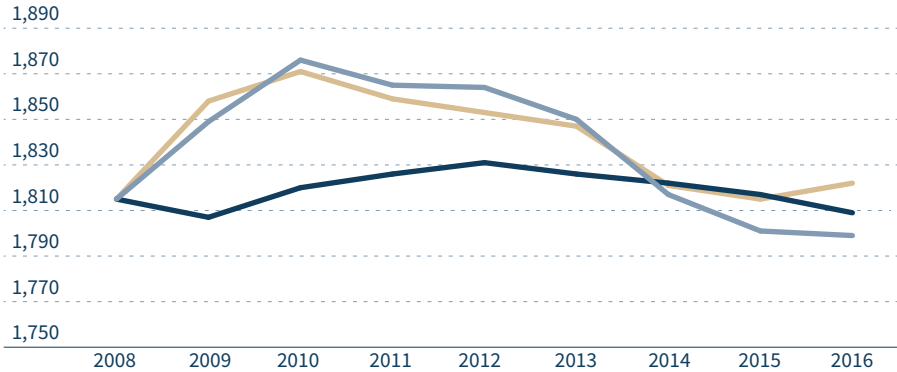
Dabei fällt auf, dass sich das Importrisiko bei konstanten Handelsanteilen genauso entwickelt hätte. Umgekehrt ist der Wert bei konstanten Risiken nahezu auf dem

**Konfliktrisiken beim deutschen Außenhandel**

Werte des Konfliktindex<sup>1)</sup> in Punkten

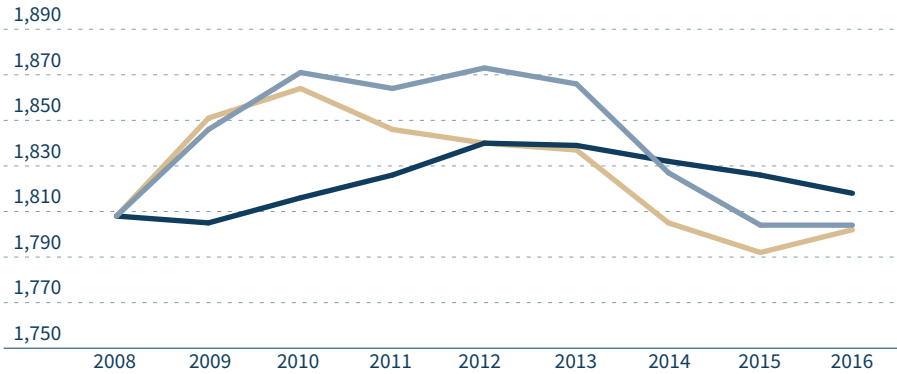
**a. Einfuhren**

— Einfuhrisiko    — Konstante Risiken    — Konstanter Handel



**b. Ausfuhren**

— Ausfuhrisiko    — Konstante Risiken    — Konstanter Handel



1) Index auf Basis der Global-Peace-Indexwerte der betrachteten Länder gewichtet mit den jeweiligen Anteilen dieser Länder am deutschen Außenhandel.

Quellen: IEP; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 4: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/3fxKdVmOwjUi8uJ>

Ausgangsniveau geblieben. Das bedeutet, dass die Veränderungen der Konfliktrisiken auf der Importseite weitestgehend auf veränderte Konfliktsituationen in den Ländern zurückzuführen sind, nicht jedoch auf Verschiebungen der Herkunftsländer der deutschen Importe.



Ein ähnliches Bild ergibt sich auf der Exportseite (Abbildung 4b). Hier stieg die Konfliktintensität von zunächst 1,81 auf 1,87 Punkte an, blieb dann aber länger auf diesem leicht erhöhten Niveau. Ab 2014 kam es zu einem deutlicheren Rückgang auf zuletzt 1,80 Punkte. Die Differenzierung in die beiden Teileffekte zeigt, dass der anfängliche Anstieg durch die Zunahme der Konfliktintensität der Zielländer bestimmt war. Anfang des Jahrzehnts kam es zudem zu einer Verschiebung der Exportstruktur hin zu konfliktintensiveren Ländern, sodass der Rückgang der gesamten Konfliktrisiken auf der Exportseite verzögert wurde.

### Fazit

Die deutsche Wirtschaft ist tief in die internationale Arbeitsteilung integriert und benötigt daher funktionsfähige und stabile Rahmenbedingungen. Internationale und interne Konflikte bis hin zu Krieg und Bürgerkrieg, wie sie global nicht selten anzutreffen sind, sind hingegen ein denkbar schlechtes Umfeld für eine dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung.

Betroffen von Auseinandersetzungen sind vor allem die jeweiligen Länder, ihre Wirtschaften und ihre Einwohner. So sind bei ausgeprägten Konflikten deutlich schlechtere wirtschaftliche Kennziffern zu erkennen. Das gilt vor allem für das BIP, aber auch für die Investitionstätigkeit, die auf langfristiger Stabilität beruht. Länder mit besonders stark eskalierenden Konflikten zeigen nicht nur Einbrüche bei Wachstum und Investitionen, sondern auch im Handel.

Für Deutschland relevant sind nicht primär die Entwicklungen der besonders konfliktintensiven Länder, denn dafür sind die Handelsanteile dieser Länder für Deutschland zu klein. Entsprechend sind die Änderungen der Konfliktindizes auch gering. Schwankungen kommen eher aus kleinen Änderungen der Friedfertigkeit bei den großen Handelspartnern Deutschlands, beispielsweise den USA und Frankreich. Hier haben interne und externe Konflikte nicht die Bedeutung für Handel und wirtschaftliche Entwicklung wie in den besonders konfliktreichen Ländern und den Regionen mit eskalierenden Konflikten. Für die deutsche Volkswirtschaft wäre erst bei größeren Konflikten wichtiger Handelspartner oder regionalen Konflikten mit einer internationalen Ausstrahlung mit spürbaren Auswirkungen zu rechnen.

## Literatur

Acemoglu, Daron / Robinson, James A., 2013, Warum Nationen scheitern – Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut, Frankfurt am Main

Baker, Scott R. / Bloom, Nicholas / Davis, Steven J., 2016, Measuring Economic Policy Uncertainty, in: The Quarterly Journal of Economics, 131. Jg., Nr. 4, S. 1593–1636

Bardt, Hubertus, 2005, Rohstoffreichtum – Fluch oder Segen?; in: IW-Trends, 32. Jg., Nr. 1, S. 33–43

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2017, Hausgemachte Investitionshemmnisse reduzieren, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 2, S. 896–898

de Wind, Joris / Grabska, Katarzyna, 2016, The Impact of Uncertainty Shocks: Continental Europe versus the Anglo-Saxon World, CPB Discussion Paper, Nr. 335, Den Haag

Grömling, Michael, 2008, Öl und Konjunktur – eine Einbahnstraße?, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), 37. Jg., Juni, S. 317–325

Grömling, Michael, 2016, Europa verunsichert die deutschen Unternehmen, IW-Kurzbericht, Nr. 33, Köln

IEP – Institute for Economics and Peace, 2017, Global Peace Index 2017 – Measuring Peace in a Complex World, Sydney

IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2016, Eskalierende Unsicherheit lähmt Investitionen, IW-Konjunkturprognose Herbst 2016, in: IW-Trends, 43. Jg., Nr. 4, Online-Sonderausgabe Nr. 2/2016, S. 3–45

SIPRI – Stockholm International Peace Research Institute, 2017, Armaments, Disarmament and International Security, SIPRI Yearbook 2017, Stockholm

WEF – World Economic Forum, 2018, The Global Risks Report 2018, Cologny/Genf

## The Impact of Intense and Escalating Conflicts on Economic Performance and on German Foreign Trade

Be they vague threats to peace or full-scale wars, conflicts place a considerable burden on the economies affected. Companies are more reluctant to invest when the stable business environment necessary for investment is lacking. Countries that are particularly prone to conflict show, on average, significantly lower growth and investment rates than comparable emerging and developing countries. Indeed, countries with acute and sustained crises, such as Yemen, Libya and Ukraine have shown significant declines in economic growth, investment propensity and foreign trade as hostilities have escalated. The significance of such conflicts for German foreign trade can be assessed by means of a new indicator computed from the intensity of the conflict in partner countries and their share of total trade. This conflict index has so far shown only minor fluctuations, and these have largely been caused by slight changes in the assessment of conflict in important partner countries. By contrast, the conflicts that have really escalated in recent years have had little effect on German foreign trade. However, should conflicts arise in larger partner countries or regions with international significance, this could rapidly change. The oil price shocks of the 1970s demonstrated only too clearly how quickly regional hostilities can impact on the global economy.